

Grüne: Häupl soll Steinhof retten

Stadträtin Vassilakou bringt Bürgermeister Häupl (S) in Verlegenheit: Er soll das Otto-Wagner-Areal vor Bebauung retten.



Kampfeslustig: Melber (2. v. rechts) mit seinen Mitstreitern am Areal

Ich verstehe den Zorn der Leute", sagt Maria Vassilakou. Die Grüne Vizebürgermeisterin und Planungsstadträtin reagiert nun auf die seit Monaten anhaltenden Proteste am Otto-Wagner-Areal in Wien-Penzing.

Es sind Menschen wie Karl Melber und dessen Plattform Initiativer Bürger, die seit Monaten gegen geplante Neubauten östlich der zahlreichen Jugendstil-Juwelle wettern. Wie bereits mehrfach berichtet, sollen im Schatten der berühmten goldenen Kirchenkuppel 600 Wohnungen und ein Rehaszentrum gebaut werden (Grafik). Die stadtnahe Wohnbaugesellschaft Gesiba zahlte vor Jahren 8,9 Millionen Euro für 26.000 Fläche. Die Krankenhausgesellschaft Vamed hat mit dem Bau des Rehasentrums schon begonnen. Beinahe täglich verfassen Melber und seine Leute nun Briefe, die sie an den Bürgermeister, an seine grüne Stellvertreterin oder an das Bundesdenkmalamt schicken. Sie warnen davor, dass das bedeutende Ensemble verschandelt wird.

Offenbar erfolgreich, angesichts der grünen Rückendeckung. "Wir waren schon 2006 gegen die Umwidmung und den Verkauf des Areals und daran hat sich nichts geändert." Allerdings, räumt Vassilakou ein: "Rechtlich ist die Sache wasserdicht und abgeschlossen."

Während die Ökos für das Rehaszentrum Verständnis zeigen, möchten sie bei den Wohnungen doch noch die Reißleine ziehen. "Ich sehe zwei Möglichkeiten: Die Stadt könnte das Areal zurückkaufen bzw. könnten der Gesiba gleichwertige Flächen in anderen Teilen der Stadt angeboten werden." Da die neuen Eigentümer im Naheverhältnis der Stadt stehen, handle es sich um eine politische Entscheidung.

Zweideutig



Doch die Grüne spielt den Ball an die SP weiter: "Eine solch weitreichende und für die Stadt auch kostenintensive Entscheidung könnte nur durch die höchste Instanz, den Bürgermeister, getroffen werden." Im Büro Häupls heißt es zweideutig: "Für das geplante Rehabilitätszentrum für Orthopädie wird es keinen Baustopp geben." Die 600 geplanten Wohnungen werden nicht erwähnt. Es wird nur auf einen Resolutionsantrag vom November verwiesen. Darin heißt es, dass angesichts des Bürgerengagements mit "besonderer Sorgfalt" vorgegangen werden müsste.

Bis heute ließ die Gesiba Politik und Anrainer über das Projekt im Unklaren, heißt es aus dem Rathaus.

Bisher wurden keine Pläne bei der Baupolizei eingereicht.

Artikel vom 17.10.2011 15:00 | KURIER | Martin Gantner